

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1895**

22.2.1895 (No. 53)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 22. Februar.

№ 53.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.  
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1895.

Für den Monat März werden Bestellungen auf die „Karlsruher Zeitung“ in der Expedition des. Blts. sowie von allen Postanstalten angenommen.

## Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 4. Februar d. J. gnädigst bewogen gefunden, den nachgenannten Königlich Preussischen Offizieren und Beamten Höchsthren Orden vom Jähringer Löwen zu verleihen, und zwar:

- das Kommandeurkreuz 2. Klasse:  
dem Oberlieutenant und Kommandeur des Garde-Artillerie-Regiments Grafen Lindowström;
- das Ritterkreuz 1. Klasse mit Eichenlaub:  
dem Oberlieutenant Bachs im Kriegsministerium und
- das Ritterkreuz 1. Klasse:  
dem Bureauvorsteher des Bundesrats, Geh. Kanzleirath Kirchner, und  
dem Vorsteher der Reichshauptkasse, Geheimen Rechnungsrath Kannengießer in Berlin.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 13. Februar d. J. gnädigst geruht, der auf Professor Dr. Bernhard von Simson gefallenen Wahl zum Prorektor der Universität Freiburg an Stelle des behufs Uebernahme eines Lehramts an der Universität Berlin demnächst aus dem badischen Staatsdienst ausscheidenden Hofraths Professor Dr. Warburg für das Studienjahr 1895/96 Allerhöchstihre Bestätigung zu erteilen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Die Eröffnung des württembergischen Landtags.

Die Thronrede, mit der Seine Majestät der König von Württemberg gestern die Ständeversammlung eröffnete, stellt in den Vordergrund den Staatshaushalt für 1895/97, über den an anderer Stelle eingehender berichtet ist, und schließt hieran Mittheilungen über die Steuerreform, mit der eine gleichmäßigere, gerechtere Veranlagung der direkten Steuern und eine Entlastung der niedrigeren Einkommen, sowie der kleineren landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe erreicht werden soll. Im Bereich des Verkehrswezens wird neben der Fortsetzung und Vervollendung der bereits beschlossenen Eisenbahnbauten, sowie der Herstellung weiterer Familienwohnungen für Unterbedienstete der Verkehrsanstalten in Stuttgart der Bau zweier neuer Nebenbahnen: von Lauffen nach Göggingen (Zaberbahn) und von Schuffentried nach Buchau in Vorschlag gebracht. Nachdem die Thronrede sodann die wieder eingebrachte Novelle zum Volksschulgesetz (hauptsächlich das Fortbildungsschulwesen betreffend), sowie zwei Gesetzentwürfe zur staatlichen Genehmigung der von der Evangel. Landessynode beschlossenen kirchlichen Verfassungsgesetze (Ausübung der Kirchenregimentsrechte im Fall der katholischen Thronfolge und Disziplinargesetz für die Geistlichen) angeklügelt hat, fährt sie in dem am meisten mit Spannung erwarteten Abschnitt über die politischen Fragen wie folgt fort:

„Der in der letzten Landtagsperiode unternommene Versuch einer Abänderung der Verfassung hinsichtlich der Zusammensetzung der Ständeversammlung ist ohne Erfolg geblieben. Das weitere Vorgehen meiner Regierung in dieser wichtigen Frage ist bedingt durch die Klärung der in Ihrer Mitte bestehenden Anschauungen darüber, was als erreichbares Ziel in das Auge gefaßt werden kann. Ein Gesetzentwurf wegen Wiedereinführung der Wahlcouverts bei den Landtagswahlen ist vorbereitet. Seine Einbringung bleibt bis zum Abschluß der zur Zeit schwebenden Verhandlungen über die Abänderung des Verfahrens bei den Reichstagswahlen ausgesetzt. Auf dem Gebiete der Gemeindevverwaltung ist eine Vorlage beabsichtigt, durch welche zunächst für die größeren Städte des Landes die periodische Wahl der Ortsvorsteher unter Uebertragung des Wahlrechts auf die bürgerlichen Kollegien eingeführt werden soll. In den kleineren Gemeinden erscheint die geplante Aufhebung der Lebenslänglichkeit des Ortsvorstehersamts — und zwar hier unter Beibehaltung der unmittelbaren Wahl durch die Gemeindeglieder — erst dann möglich, wenn anläßlich der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs für das Deutsche Reich die Stellung der Ortsbeamten der Gemeinden neu geregelt und eine theilweise Entlastung der Ortsvorsteher von den bisherigen Geschäften bewirkt sein wird.“

Weiterhin beklagt die Thronrede die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die „schwere Heimfuchung“ der Landwirtschaft durch den ungewöhnlich niedrigen Stand der Getreidepreise, welche Nothlage zu lindern die erste unangefechte Sorge der Regierung bleibe. Die Thronrede verweist hier auf die Budgetpositionen zur Förderung der Hagelversicherung,

der Selbstversicherung, der Vieh- und Pferdezücht, sowie zur Erleichterung der Quartierlast, und kündigt die demnächstige Vorlage eines Wasserrechtsgesetzes an. Auf dem gewerblichen und sozialen Gebiet betont die Thronrede die engen Grenzen, die hier der Landesgesetzgebung gezogen seien; in einzelnen wird ein Gesetz über die Vertretung des Kleinergewerbes in Aussicht gestellt, falls nicht vorher eine Ordnung im Wege der Reichsgesetzgebung erfolge. Hierher wird man außerdem die von der Thronrede im Zusammenhang mit der Steuerreform angekündigte besondere Besteuerung des Hausgewerbes stellen dürfen.

Der Thronrede voran ging die Beerdigung der erstmals in den Landtag eingetretenen Abgeordneten, die darauf mit Handschlag in die Rechte des Königs am Thron vorbeisetzten. Die beiden sozialdemokratischen Abgeordneten blieben dem feierlichen Akte fern, so daß ihre Beerdigung besonders erfolgen muß.

### Der Congo-Vertrag.

Ueber die wahrscheinliche Stellungnahme der belgischen Kammer zur Regierungsvorlage, betreffend die Abtretung des Congoaates an Belgien, ist es in diesem Augenblicke noch nicht möglich, eine sichere Vorhersage zu wagen. Brüsseler Meldungen zufolge, die uns zugehen, kann allerdings bereits festgestellt werden, daß das ursprüngliche Widerstreben der Kammermajorität gegen diese Vorlage einer freundlicheren Haltung Platz gemacht hat. Daß die sozialistischen Abgeordneten noch immer offene Gegner des Projekts sind, ist selbstverständlich. Die Kammermehrheit jedoch scheint im Prinzip für die Vorlage gewonnen zu sein und kompetente Beurtheiler der belgischen politischen Verhältnisse erklären die Annahme der Regierungsvorlage, als einer politischen Nothwendigkeit, für sicher. Die Gegner derselben arbeiten allerdings mit allen Mitteln, um ihr Ziel zu erreichen. Sie scheuen auch nicht die Ausstreuung ganz unwahrer Behauptungen, wie beispielsweise diejenige, daß Belgien bei Uebernahme des Congoaates an dessen Souverän, den König Leopold II., für die großen finanziellen Opfer, die er seit Gründung desselben gebracht hat, entsprechenden Ersatz zu leisten haben werde. Diese Behauptung ist eine gänzlich aus der Luft gegriffene, denn es ist ja bekannt, daß Seine Majestät der König schon in seinem Testamente, wovon seiner Zeit der Kammer offizielle Mittheilung gemacht wurde, die Bestimmung getroffen hat, daß ihm für die dem Congoaate gebrachten Opfer keinerlei Entschädigung zu leisten sei, falls dieser in den Besitz Belgiens übergehen sollte. Diese Klausel hat der König in sein Testament aufgenommen, obgleich er zu dem jährlichen Budget des Congoaates eine Million Francs beisteuerte, was allein seit der Gründung desselben in seiner heutzigen Gestalt, also seit April 1885 zehn Millionen ausmacht, ganz abgesehen von den enormen Summen, die der König schon früher für die unter seiner Präsidentschaft ins Leben gerufene Association Internationale Africaine, aus welcher später die Association Internationale du Congo, die unmittelbare Vorläuferin des unabhängigen Congoaates, entstanden, aus seinen Privatmitteln gespendet hat. Jene belgischen Politiker, welche für die erwähnte Ausstreuung nicht zugänglich sind, sollen durch das Schreckgespenst der großen finanziellen Belastung, welche Belgien durch die Uebernahme des Congoaates auf sich nehmen würde, gegen die Regierungsvorlage gestimmt werden. Es ist freilich selbstverständlich, daß Belgien, falls es den Congoaate zu seiner Kolonie macht, auch für die Regelung des Budgets desselben aufkommen müssen. Andererseits aber ist es zweifellos eine Ehrenpflicht des Landes, diesen Wunsch des Königs zu erfüllen, um so mehr als die belgischen Kammer bereits am 25. Juli 1890 die kurz vorher zwischen dem Congoaate und Belgien abgeschlossene Konvention angenommen haben, welche diesem Lande das Recht zusichert, den Staat mit allen Rechten, die mit der Souveränität verknüpft sind, nach zehn Jahren zu annektiren. Es handelt sich also gegenwärtig bloß darum, von diesem Rechte um fünf Jahre früher, als ursprünglich bestimmt war, Gebrauch zu machen. Die Einwendungen, daß der Congoaate zum allergrößten Theile noch gar nicht erforscht ist, daß derselbst höchst wahrscheinlich für europäische Ansiedlungen nur wenig geeigneter Boden vorhanden sei, und was dergleichen mehr ist, müssen als kleinmüthig zurückgewiesen werden. Nach den Berichten des glaubwürdigen Reisenden, die das Hochplateau des Congoaates besucht haben, ist dieses, welches allein so groß wie Belgien ist, ein überaus fruchtbares Land mit einem Klima, das demjenigen Belgiens vollkommen gleicht. Aber auch die Annahme, daß der Handel im Congoaate kein den hierfür

nöthigen finanziellen Opfern entsprechendes Erträgniß bringen könne, muß als mindestens vorläufig zurückgewiesen werden. England, welches in kommerziellen Dingen gewiß als kompetent gelten darf, ist jedenfalls nicht der pessimistischen Ansicht über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Congoaates, welche von den hiesigen Gegnern der Regierungsvorlage verbreitet werden, wofür seine wiederholten Bestrebungen, daselbst festen Fuß zu fassen, und die Erklärungen der Regierungsvertreter gegen das, allerdings bestreitbare, Vorkaufsrecht Frankreichs den besten Beweis liefern.

### Deutschland.

Berlin, 20. Febr. Der Kaiser verlieh seinem Oberhofmarschall Grafen Eulenburg für dessen Person fortan bei Hofe den Rang unmittelbar nach den Staatsministern.

Berlin, 19. Febr. Korvettenkapitän Frdr. v. Plessen ist von seinem Posten als Marine-Attaché bei der Botschaft in Rom entbunden und Kapitänleutnant Graf Oriola als solcher ernannt worden.

Berlin, 20. Febr. Der „Reichsanzeiger“ schreibt: „Ein in der „Sächsischen Zeitung“ vom 12. d. M. veröffentlichter Artikel „Um Ruz und Sozialpolitik“ vertritt die Auffassung, der Handelsminister Frdr. v. Berlepsch habe, entgegen seiner früheren Absicht, einen Gesetzentwurf wegen Anerkennung der Berufsvereine und Errichtung von Arbeiterkammern im Staatsministerium nicht eingebracht oder den eingebrachten fallen lassen. Das ist nicht zutreffend. Die von dem Handelsminister dem Staatsministerium vorgelegten Vorarbeiten betreffen die Regelung der Korporationsrechte der Berufsvereine, sie sind im Staatsministerium einer allgemeinen Besprechung unterzogen worden, eine Beschlußfassung hat noch nicht stattgefunden. — In der letzten Zeit ist mehrfach die Nachricht durch die Presse gegangen, es werde seitens der Heeresverwaltung die Anlage einer Armeekonserverfabrik im Osten des Reichs geplant. Diese Nachricht entbehrt der Begründung. Zur Zeit liegt ein Bedürfnis zur Errichtung einer weiteren Armeekonserverfabrik nicht vor; vielmehr werden die in Mainz und Spaubau vorhandenen beiden Fabriken voraussichtlich noch auf eine Reihe von Jahren im Stande sein, den Konserverbedarf des Heeres nicht allein im Frieden, sondern auch im Falle eines Krieges ausreichend zu decken. Auch die Annahme, daß die Heeresverwaltung noch alljährlich Konserver aus dem Auslande beziehe, ist nicht zutreffend. Derartige Bezüge finden seit Jahren nicht mehr statt, es wird vielmehr der gesammte Bedarf des preussischen Heeres an Konservern in den eigenen Fabriken hergestellt. Die geringen noch im Bestande befindlichen Vorräthe an australischem Bäckfleisch rühren durchweg aus früherer Zeit her und werden mit Ablauf dieses Jahres verbraucht sein.“

Berlin, 20. Febr. Aus Anlaß der am Freitag und Samstag stattfindenden 20. Plenarversammlung des Deutschen Handelstages veröffentlicht der Ausschuß den Geschäftsbericht über das verfllossene Jahr. Derselben ist zu entnehmen, daß seit der letzten Plenarversammlung dem Handelstage beigetreten sind: die Handelskammern zu Bromberg, Dortmund, Eupen, Insterburg, Iserlohn, Osnabrück und die Handelskammern für Ostfriesland und Papenburg, so daß dem Handelstage gegenwärtig 150 Körperschaften angehören. Durch den Tod hat der Ausschuß seit der letzten Plenarversammlung verloren: die Herren Kommerzienrath Rose (Bayreuth) und Kommerzienrath Herrmann (Leipzig). Infolge Ausscheidens aus ihren Handelskammern schieben aus dem Ausschuß: Kommerzienrath Vethke (Halle), Geh. Kommerzienrath Frenzel (Berlin) und Kommerzienrath Stotter (Halberstadt). Koopirt wurden in den Ausschuß: Generalsekretär Dr. Bued (Berlin), Senator Hörsnel (Altona), Geh. Kommerzienrath Doms (Ratibor), Kommerzienrath Pulsch (Dresden), Geh. Kommerzienrath Meyer (Hannover), Geh. Kommerzienrath Dechelhäuser (Dessau), Geh. Kommerzienrath Sartori (Riel) und Geh. Kommerzienrath Frenzel (Berlin).

Riel, 20. Febr. Zur Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals werden, der „Rhein. Ztg.“ zufolge, vier spanische Schiffe hier eintreffen.

Darmstadt, 20. Febr. Die Erste Kammer tritt am 19. März zur Berathung der von der Zweiten Kammer erledigten Gegenstände zusammen, insbesondere des Einkommensteuergesetzes, des Wildschadengesetzes und der Worraser Bräudenfrage.

Wärzburg, 20. Febr. Zur Gründung eines Bayerischen Bauernbundes, einer großen, selbständigen Bauernpartei, erlassen die Bauernbundsleiter v. Thüngen, Gsch, Wieland und fünf andere einen Aufruf und laden Delegirte zu einer Versammlung am 2. März nach Regensburg ein, in der nur Anhänger des Antrags Rany Zutritt erhalten.

### Der württembergische Staatshaushalt.

Stuttgart, 20. Februar. Der Staatshaushalt für die Finanzperiode 1895/97 beziffert den Staatsbedarf für das erste Jahr auf 72,8 Millionen, für das zweite auf 73,57 Millionen Mark, das ist gegen das Jahr 1894/95 mehr 3,3 bezw. 4 Millionen. Diefür sind an Dedungsmitteln vorhanden 70 bezw. 70 1/2 Millionen, so daß ungedeckt bleiben für 1895/96: 2,8 Millionen, für 1896/97: 3 Millionen. Dieser Fehlbetrag soll unter ausdrücklichem Vorbehalt der späteren Dedung durch Steuererhöhung, vorläufig, um den rechnungsmäßigen Abschluß des Etats zu ermöglichen, aus Uulebensmitteln gedeckt werden, und zwar ist zunächst die Aufnahme eines Anlehens von 2,8 Millionen (Höhe des Fehlbetrags im ersten

(Mit einer Beilage.)

Jahr) im Herbst 1896 in Aussicht genommen. Dazu kommen zwei weitere Anleihen von je 7 Millionen für Eisenbahnbaukredite. Die Steigerung der Ausgaben ist zum überwiegenden Theil herbeigeführt durch das Anwachsen des Bedarfs für die Staatsschuld (+ 0,44 bzw. 1,08 Millionen) und des Matrifularbeitrags (+ 2,1 oder, nach Abzug der Äquivalente aus den Reservatfeuergebieten, 1,5 Millionen). Staatsschuld und Matrifularbeitrag zusammen nehmen über 54 Proz. des gesammten Staatsbedarfs in Anspruch. Der Stand der Staatsschuld ist auf 1. April 1895 zu 463,7 Millionen berechnet.

Was die übrige Staatsverwaltung betrifft, so bringt der Justizetat eine kleine Vermehrung der Richterstellen. Im Departement des Innern erscheinen die schon früher erwähnten neuen Ergänzungen für staatliche Quartierkostenzuschüsse (je 145 000 M.), für Förderung der Jagdverficherung (je 160 000 M.) und zur Schaffung einer Centralstelle für Arbeitsnachweis (je 5 000 M.); ferner etwa 25 000 M. zu Staatsbeiträgen an einen zu bildenden Landespferdezuchtverein und für Anstellung eines Pferdeachtinspektors, 25 000 M. zu Preisen für die Ausstellung des Jahres 1896 u. Darnach stellt sich, infolge Wegfalls außerordentlicher Ausgaben des Vorjahrs, der Mehrbedarf für das Departement des Innern nur auf 52 000 bzw. 65 000 M. Dagegen verlangt das Kultusdepartement 231 000 bzw. 233 000 Mark mehr, hauptsächlich für Zwecke der Volksbildung (wissenschaftliche Institute, Alterszulagen, Staatsbeiträge zu Schulzwecken). Das Finanzdepartement berechnet für Zwecke der Statistik und für Personalausgaben ein Mehr von 114 000 bzw. 137 000 M. Der Mehrbedarf für die Verkehrsanstalten ist weiter unten zu erwähnen.

Was die Einnahmen anlangt, so vermag das Kammergut, d. h. das werbende Vermögen des Staates, nur 33 Proz. des Gesamtbedarfs zu decken, das übrige müssen die Landessteuern, die Ueberweisungen vom Reich und die Reichsverwaltung (Ansammlung früherer Ueberreste) decken. Das Kammergut besteht aus den Domänen und den Verkehrsanstalten. Bei den Domänen liegen nur die Forsten eine Erhöhung des Reinertrags, um 445 000 M., annehmen. Bei den Eisenbahnen ist die Bruttoeinnahme um 2,2 bzw. 2,6 Millionen, aber auch die Ausgaben um 1,4 bzw. 1,8 Millionen höher angelegt, so daß der geschätzte Reinertrag mit je 14 Millionen (bei dem allein zur Verzinsung der Eisenbahnschuld noch über 2,2 Millionen zuzuschaffen werden müssen) gegen 1894/95 nur um 0,8 Millionen höher sein wird. Von dem Mehr der Ausgaben entfallen 390 000 bzw. 580 000 M. auf Stellenvermehrung und Vervollständigung des Personals. Bei der Post- und Telegraphenverwaltung mußte ein Minderetrag von 202 000 bzw. 18 000 M. in Aussicht genommen werden; diese Staatsverwaltung erfordert also für die nächsten zwei Jahre einen Zuschuß.

Die das Wachstum der Einnahmen übersteigende Steigerung der Ausgaben entfällt je zur Hälfte auf persönliche und auf sachliche Ausgaben. Die Landessteuern sind infolge wachsender Ertragsfähigkeit um 700 000 bzw. 890 000 M. höher angelegt, darunter die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer um 260 000 Mark, die Kapital-, Renten-, Dienst- und Berufseinkommensteuer um 150 000 bzw. 280 000 M., die Wirtschaftsabgaben um 160 000 M. Insgesamt sollen die Landessteuern 30 Millionen bringen. Die Ueberweisungen vom Reich sind auf 15 Millionen jährlich veranschlagt; das Plus von 812 000 M. wird durch das Steigen des Matrifularbeitrags weit überwogen. Bei der Reichsverwaltung macht sich die Staatsübererhebung für das neue Landessgewerbesteuer mit 561 000 M. fühlbar; der demnach verfügbare Rest beträgt 1,33 Millionen, wovon 590 000 für Zwecke der Eisenbahnbauverwaltung abgehen; bleiben als verwendbarer Zuschuß für jedes der beiden Etatsjahre 374 000 M., d. h. 2,4 Millionen weniger als für 1894/95. Daraus ergibt sich denn der oben angeführte Fehlbetrag, dessen Höhe und definitive Deckung von der Entscheidung der Reichsfinanzkommission abhängt. Denn die Reform der Landessteuern, die den Landtag beschäftigen soll, kann auf den vorliegenden Etat noch keinen Einfluß gewinnen.

#### Oesterreich-Ungarn. Die Landtagssession.

Die Wiener Blätter werfen an leitender Stelle Rückblicke auf die letzte Session der Landtage und charakterisieren, auf Grund der Ergebnisse derselben, die innere Lage, wie sie sich unmittelbar vor dem Zusammentritt des Reichsraths darstellt. Die „Neue Freie Presse“ führt u. a. aus, daß trotz aller Widersprüche und Ueberraschungen, welche die letzte Session der Landtage gebracht hat, ein tüchtiges Stück nützlicher und fruchtbringender Arbeit für die Länder geleistet worden sei. Das Merkwürdigste an der abgelaufenen Landtagssession sei jedoch gewesen, daß eine von ihr allgemein gehegte Voraussetzung sich nicht bewahrheitet habe. Diese Voraussetzung war, daß die Landtage sich der schwebenden Frage der Wahlreform bemächtigen und die Lösung derselben zu beeinflussen trachten werden. Das sei jedoch nicht geschehen. Daß die Reform der Reichsrathswahl auch die Landtagswahlen beeinflussen werde, unterliege keinem Zweifel, aber den umgekehrten Weg einzuschlagen und vom Landtag aus die Reichsrathswahlen zu beeinflussen, sei keine Neigung vorhanden. — Das „Freie Blatt“ spricht die Ueberzeugung aus, daß die Koalition während der Landtagssession Erregungssachen zu verzeichnen hatte, die sie mit neuem Glauben in die eigene Berechtigung und in ihre Zukunft ausdrücken können. Die Landtage, sonst in Oesterreich der Stille und oft stillrühmliche Widersprüche gegen die leitenden Ideen des Centralparlamentes und der Kampfplatz des nationalen Antagonismus, haben nahezu überall der nationalen Verständigung und der Annäherung verwandter Richtungen ihre Anerkennung gesollt. Vor allem sei es aber die Wahlreform, die mit ihren großen Anforderungen an die Klugheit und den Gerechtigkeitssinn der Parteien herantreten werde. Die Regierung selbst strebe nach Klarheit, nach einer Direktive, wie weit die Parteien in einer Verständigung geneigt sind, und sie werde wohl das Substitut sofort in Aktion treten lassen. Dessen Sache sei es, die Annäherung so weit zu bringen, daß die Regierung einen Boden für eine erfolgreiche Thätigkeit finde, für eine Wahlreform, die keine der großen koalitionären Parteien abschrecken und aus dem gemeinsamen Verbände stoßen würde. — Die „Presse“ sagt, man müsse der abgelaufenen Landtagssession im großen Ganzen das Zeugniß ausstellen, daß sie sich besser angehalten habe, als man es von ihr erwartete. Man werde sich erinnern, daß man der diesjährigen Tagung der Landesvertretungen mit einigem Unbehagen entgegengekommen hatte. Heute, wo die Session vorüber ist, dürfe man sagen, daß nicht nur die düsteren Prophezeiungen sich nicht erfüllt, sondern daß sich an manchen Orten und auf manchen Gebieten, wo man es kaum erwarten durfte, eine erfreuliche Annäherung der Parteien, ein Entgegenkommen und eine Tendenz zur Verständigung gekündigt haben, die kaum ohne werthvolle und dauernde Konsequenzen bleiben dürften.

— Das kirchlich-sensuale „Vaterland“ konstatirt gleichfalls, daß man auf die soeben beendete Session der Landtage mit Befriedigung zurückblicken könne. Als ein besonders erfreuliches Moment in der abgelaufenen Landtagssession sei das Entgegenkommen zu bezeichnen, welches in einer ganzen Reihe von Landtagen die Forderung der Ausdehnung des Religionsunterrichts gefunden hat. Auch in den Kreisen der Liberalen könne man sich der Ueberzeugung nicht mehr verschließen, daß die religiöse Erziehung nicht nur dem Bedürfnisse des Einzelnen, sondern auch dem Wohle des ganzen Gemeinwefens gegenüber von der höchsten Wichtigkeit sei.

#### Heer und Marine.

Das 1. Garde-Drägerregiment Königin von Großbritannien und Irland befehligt heute die Feier seines 80jährigen Bestehens. Während des Krieges 1813 bis 1815 waren drei National-Kavallerieregimenter gebildet worden, welche nach dem Frieden zu Garde-Kavallerieregimentern umgeformt wurden. Eins derselben war das Garde-Drägerregiment, dessen erste Bezeichnung die Garde-Drägerregiments war. Zwei Eskadrons des Pommer'schen National-Kavallerieregiments und die Leibeskadron des Drägerregiments Königin waren. Im Juli 1860 erhielt es die Benennung „1. Garde-Drägerregiment“. Als besondere Auszeichnung betrachten es die Garde-Dräger, daß nicht weniger als vier preussische Prinzen zu ihnen in engeren Beziehungen gestanden haben und noch stehen: die Prinzen Waldemar und Friedrich Karl, der das Regiment von 1852 bis 1854 kommandirte, Kaiser Friedrich, der vom 28. September 1854 bis 31. August 1855 Dienst beim Regiment that, und Prinz Albrecht, der es 1862 und 1863 führte. Der Krieg gegen Frankreich brachte dem Regiment den blutigen Ehrentag von Mars-la-Tour, der 15 Offiziere, darunter den Oberst v. Auerwald, 125 Mann und 266 Pferde kostete. Als König Wilhelm seine Dräger bei Sedan wieder sah, konnte er vor tiefer Rührung kein Wort sprechen und ließ dem Regiment durch seinen Führer sagen, daß weder er noch das Vaterland den Dank vergessen werden, den das brave Regiment sich für alle Zeiten erworben. Ähnliche Worte richtete der Kaiser an das Regiment gelegentlich der Enthüllung des zum Andenken an die Gefallenen errichteten Denkmals auf dem Casernenhofe in der Bellealliancestraße am 16. August 1880. Eine der neueren Auszeichnungen ist die Verleihung des Regiments an Ihre Majestät die Königin von Großbritannien und Irland, welche aus Osborne vom 2. August 1889 datirt und welcher am 18. April 1893 die Verleihung einer neuen Standarte folgte. Seit 1815 bis jetzt hat das Regiment 22 Kommandeure gehabt; der erste war Oberstleutnant von Zahrow, der jetzige ist Oberst von dem Knefeld.

Am 20. Febr. in Marinerreisen veranlaßt, daß im September anschließend an das Kaiserjubiläum in Swinemünde Flottenparade vor Seiner Majestät dem Kaiser stattfinden.

#### Kolonialpolitik.

Dem Klima des äquatorialen Afrika erwacht aus dem Munde der vom Kongo nach Belgien zurückgekehrten Offiziere und Unteroffiziere der kongostaatlichen Armee eine glänzende Rechtfertigung. Die belgischen „Afrikaner“ betonen einmüthig, daß, wer in normaler Körperbeschaffenheit nach dem Kongo, überhaupt nach dem äquatorialen Afrika gehe und sich vor diätetischen und sonstigen Exzessen hütet, dort alt und grau werden könne. Besonderer Nachdruck wird auf die prinzipielle Bedeutung gelegt, welche der europäischen Frau in der afrikanischen Zukunft der weißen Rasse vorbehalten sei. Viele jetzt noch vorkommende Erkrankungen und Todesfälle von Europäern seien auf die aus dem Gefühl der Vereinfachung entstehende Sehnsucht nach Hause und die daraus resultirende Abnahme der moralischen Widerstandsfähigkeit gegen schädliche Einflüsse des Tropenklimas zurückzuführen. Die Behauptung, daß die Reproduktionskraft der europäischen Rasse im tropischen Afrika zu Grunde gehe, sei ebenfalls gänzlich hinfällig, das Gegenheil werde durch den blühenden Kinderlegen der dort wirkenden protestantischen Missionäre erwiesen, die insgesammt mit europäischen Frauen verheirathet seien. Keineswegs könne generell zugegeben werden, daß das afrikanische Tropenklima für Europäer verderblich oder auch nur gefährlicher sei, als bei entsprechender Vernachlässigung der Gesundheitspflege das heimathliche.

#### Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 21. Februar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hütete im Laufe des heutigen Tages die Vorträge des Hofjägermeisters Freiherrn von Schilling, des Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo und des Majors von Oden.

Die Unfalluntersuchung hat sich in denjenigen Fällen, wo es zweifelhaft ist, ob der Tod eines gegen Unfälle Versicherten auf einen mit dem Betrieb zusammenhängenden Unfall oder auf eine außerhalb des Betriebs liegende Ursache (insbesondere Krankheit oder organische Fehler) zurückzuführen sei und wo triftiger Grund zur Annahme besteht, daß nähere Anhaltspunkte zur Lösung dieses Zweifels durch eine Oeffnung der Leiche gewonnen werden können, auch auf die Vornahme einer Leichenöffnung zu erstrecken, wie auch vom Reichsversicherungsamt bereits mehrfach anerkannt worden ist. Und zwar ist es wünschenswerth, daß eine solche Maßnahme, wo die gedachten Voraussetzungen gegeben sind, möglichst bald, also in der Regel noch vor der Beisetzung der Leiche, vorgenommen werde. Nach einer soeben ergangenen Verfügung des Ministeriums des Innern soll aber eine bezügliche Anordnung des Bezirksamts, abgesehen von ganz besonders gelagerten Ausnahmefällen, nicht ohne einen seitens des Berufs-gnossenschaftlichen Organs oder der entscheidungsberechtigten Hinterbliebenen gestellten Antrag erfolgen. Auch sollen die Hinterbliebenen, welchen die Verfügung über die Leiche zusteht, sofern sie nicht selbst den Antrag auf Leichenöffnung gestellt haben, vor Anordnung derselben über ihre Zustimmung befragt, und falls sie die Zustimmung verweigern, die Leichenöffnung unterlassen werden. Uebrigens werden die Hinterbliebenen darauf aufmerksam gemacht, daß im Weigerungsfalle, wenn dadurch die Benützung

dieses Beweismittels für die Feststellung des Entschädigungsanspruchs unmöglich gemacht wird, dies unter Umständen bei Erledigung des Entschädigungsanspruchs zu ihren Ungunsten in's Gewicht fallen kann.

(Verkehrsberührung.) Auf den bayrischen Lokalbahnen Selb-Bbf-Selb Stadt, Ludwigsbad-Gehehen, Neunadt-Bischofsheim und Daffurt-Ofenheim ist wegen Schneesfalls der Betrieb bis auf weiteres eingestellt.

(Vortrag.) In dem Verein zur Wahrung der Interessen von Handel, Industrie und Gewerbe hielt gestern Abend Herr Rechtsanwält Dr. Friedrich Weill einen zweiten Vortrag über das Thema: „Die wichtigsten Lehren der deutschen Wechselordnung.“ Der Redner begann mit einer Schilderung des Inhalts, dessen Art und Wirkungen, um sodann in ausführlicher Weise auf die Wechselabteilung und die Ehreninvention einzugehen. Hierauf wurden der Aual, die Wechselvervielfältigung, die Wechselklagen, die Wechselverfälschung und der Wechselprotest erörtert. Zum Schluß folgte eine Besprechung des sog. eigenen oder Sola-Wechsels, die sich wegen der vorgerückten Zeit allerdings auf eine kurze Hervorhebung der hauptsächlichsten Punkte beschränken mußte. — Der große Rathssaal, in welchem der äußerst interessante und lehrreiche Vortrag stattfand, war auch gestern recht gut besetzt, und Herrn Dr. Weill wurde der gleiche lebhafteste Beifall wie vor acht Tagen spendet.

(Der Karlsruher Vortragsverein) hielt gestern im „Weiden Hoven“ eine gesellige Abendunterhaltung ab. Im herzlichsten Worten hieß Herr Fritz Glahner die Anwesenden willkommen, Herr Densel feierte den Verein. Unter den Mitwirkenden zeichneten sich besonders Fräulein Hermine Böhl, die sich der Bühnenaufführung widmen will, und Herr Albert Glahner durch Gesangsbeiträge aus.

(Der zweite Festhaltenmassenball), welcher am nächsten Samstag stattfindet, verspricht zahlreich besucht zu werden. Wie wir hören, werden einige größere Gruppen, die sogar mit Fiedeln erscheinen, was zur Belebung des Balles nicht unwesentlich beitragen dürfte. Die Ballmusik wird diesmal von den vollständigen Kapellen des 1. Badischen Leibregiments-Regiments und des 1. Badischen Feldartillerie-Regiments gestellt, im ganzen 88 Musiker.

(Selbstmord.) Die ledige Dienstmagd Anna W. aus Bringen, zur Zeit stellenlos, hat sich gestern Abend in dem Vorgarten eines Hauses der Rulsen-Strasse mittelst Schwefelsäure vergiftet. Die Unfallsfälle wurden noch lebend in das städtische Krankenhaus verbracht, nach heute Fröh. Der Beweggrund zu dem verwerflichen Schritte soll gewesen sein, daß sie für Liebhaber, ein Elffer, nachdem er sie unglücklich gemacht, treulos verlief.

(Einbruch.) In der Nacht zum 21. d. Mts. wurde in einem Cigarrenladen der Karl-Friedrich-Strasse die Kolltür des Vorrathes in die Höhe gehoben, die Thüröffnung in den eigentlichen Laden eingedrückt und etwa drei Mark entwendet. Ob auch Cigarren gestohlen wurden, konnte nicht festgestellt werden. Im Nebenzimmer hat der Thäter einen Vult erbrochen, alles durchwühlt, aber nichts mitgenommen. Der Verbrecher scheint es nur auf Geld abgesehen zu haben.

(Kleine Nachrichten aus Karlsruhe.) Am 18. d. Mts. wurde einem Schreinermeister in der Leopoldstraße ein Lieferungsbusch entwendet oder vermisst, so daß dem Geschäftsmann unter Umständen bedenkliche Nachtheile entstehen können. Ein Schreinergehilfe, der am gleichen Tage entlassen wurde, ist der That verdächtig. — Ein älterer Herr aus der Akademiestraße, der am 19. d. Mts., Abends 7 Uhr, in der Erbprinzenstraße von einem plötzlichen Unwohlsein befallen wurde, ließ sich von zwei unbekannten Männern im Alter von 21 und 28 Jahren nach Hause führen. Gestern Fröh machte er nun die unangenehme Entdeckung, daß ihm von den hülfreichen Fremden das Portemonnaie mit 200 M. gekohlen worden ist. — Gestern Mittag ging einem Güterbesitzer aus der Deufelstraße vor dem Postamt II sein mit Hafer schwer beladener Kastenwagen in die Brüche. Dabei fiel eine Seitenwand des Wagens auf den nebenhergehenden Fuhrmann und verletzte diesen erheblich. — Eine 62 Jahre alte Witwe aus Mühlberg stiftet gestern Abend in der Kaiserstraße aus und fiel so unglücklich, daß sie nicht mehr im Stande war, ihren Weg fortzusetzen und mittelst Droßke nach Hause gebracht werden mußte. — Gestern Abend wurde ein geistesgestörter Mann aus Langenbrücken, der von der Badler Polizeibehörde seit 6. d. Mts. als vermisst ausgeschrieben ist, hier aufgegriffen. Der Bedauernswerte wurde in das städtische Krankenhaus verbracht.

(Kleine Nachrichten aus dem Großherzogthum.) In Waldshut kürzte sich ein Einbrecher, der sich von der Polizei verfolgt sah, in den Rhein und ertrank. — In Dornheim wurde der feierliche Bürgermeister Johann Max Steinmann mit 21 von 29 abgegangener Stimmen auf die Dauer von neun Jahren wiedergewählt. — In Ibach wurde Josef Schmidt, welcher nun über 18 Jahre Bürgermeister ist, als solcher wiedergewählt. — In Sackhausen wurde Kaufmann Keller zum Bürgermeister gewählt. — In Lützelweiler wurde ein lediger Schuhmacher durch die Sendamerie festgenommen und in Untersuchungshaft nach Freiburg abgeführt. Derselbe ist, der „Bsg. Jg.“ zufolge, dringend verdächtig, vor dem Amtsgericht Freiburg einen falschen Offenbarungseid geleistet zu haben.

Mannheim, 19. Febr. Fürst Bismarck hat in einem Schreiben an den Ausschuss für die Errichtung des hiesigen Kaiser Wilhelm-Denkmal's seinen Dank ausgesprochen für das am 18. Januar d. J., dem Erinnerungstag der Versailler Kaiserproklamation, ihm übersandte prachtvolle Album, welches, nebst einem Exemplar der Grundsteinurkunde des Denkmal's, verschiedene photographische Ansichten des Monuments, sowie der Feststrassen und eine Anzahl sonntlicher photographischer Aufnahmen der hauptsächlichsten Theile Mannheims, nebst einer Adresse an den Fürsten Bismarck enthält. — Während vom Mittelrhein Eisgang gemeldet wird, steht hier das Eis des Rheines und des Neckars noch unverändert fest, ja es wird sogar noch überschritten. Seit gestern steigt das Wasser des Rheins sowie dasjenige des Neckars langsam.

Bruchsal, 20. Febr. Der Stadtrath hat heute einstimmig beschlossen, dem Fürsten Bismarck das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. In der vorhergehenden vertraulichen Besprechung des Bürgerausschusses hatte sich dieser mit großer Mehrheit für die Verleihung erklärt, dagegen stimmten nur die 15 anwesenden Centrumsmänner. (B. Bsg.)

Baden, 16. Febr. Dieser Tage wurde hier, wie der „Bff. Zeit.“ berichtet wird, die Briefmarkensammlung eines Privatmannes um die ansehnliche Summe von 70 000 M. verkauft.

Baden, 20. Febr. Das Programm für das große Wohlthätigkeitsfest, welches am 28. März hier stattfinden soll

ist, dem Babel." zufolge, der Hauptfache nach folgendermaßen zusammengestellt: Das Theater wird Abends 6 Uhr geöffnet, zunächst um das elegante Buffet, das von schönen sollicitirten Damen besetzt wird, zu besetzen. Neben sehr verlockenden Buffetischen wird auch ein Krabbelstisch etablirt. — Um 7 Uhr beginnt die Vorstellung. Sie wird mit einer Duvettüre eröffnet, auf welche ein Prolog folgt. Sodann beginnen die großen lebenden Bilder — vier an der Zahl: „Die heilige Elisabeth“, „Eigenner Lager“, eine „Bildergalerie“ und „Die Jakobseiter“. Daran schließt sich ein spanischer Tanz, ausgeführt von Damen aus der Gesellschaft. Dann tritt eine einstündige Pause ein und hierauf folgt die Vorstellung der komischen Oper von Vorjüng: „Die Dornprob“, ausgeführt von tauglich gebildeten Dilettanten.

### Verstorbene.

Berlin, 20. Febr. Der Schriftsteller Max Vorjüng ist nach längerer Krankheit im 56. Lebensjahre gestorben. In den Vereinigten Staaten von Amerika war er eine längere Reihe von Jahren als Journalist erfolgreich thätig, ehe er sich in Deutschland wieder niederließ. Mit dem volkshämischen Komponisten gleichen Namens verwandt, wirkte Max Vorjüng insbesondere durch die Aufschaulichkeit und Lebendigkeit seiner Schilderungen, die er mit Vorliebe den amerikanischen Verhältnissen entlehnte.

Berlin, 21. Febr. (Tel.) Die Morgenblätter melden aus Wilna, daß in einem benachbarten Dorfe ein reicher Gutspächter, dessen Frau, fünf Kinder und zwei Dienstmädchen ermordet und beraubt wurden. Von den Mördern fehlt bis jetzt jede Spur.

Weindorf, 20. Febr. In einem heißen Badofen erstickt eine alte geisteschwache Bettlerin aus Jägerbrunn. Die Frau hatte von den Beuten, die am Badofen mit dem Ausschließen von Rindern beschäftigt gewesen, die Erlaubnis erhalten, sich am Ofen wärmen zu dürfen, und ist dann, nachdem die Leute sich entfernt hatten, in den Ofen selbst gekrochen und hat dort einen elenden Tod gefunden. Die Todte soll in dem Ofen schon wiederholt gequält haben.

Ludwigshafen, 21. Febr. (Tel.) Gestern Abend 10 Uhr brach in der städtischen Gasfabrik Feuer aus, welches indessen bald lokalisiert werden konnte. Man hofft, daß die Störung des Betriebes nur eine vorübergehende seine werde.

Budapest, 21. Febr. (Tel.) Das neulich in Nizza verhaftete Mitglied einer Cinderecherbande, Nikitsch, ist eines Mordes überführt worden, welchen er vor 18 Jahren begangen hat.

Paris, 21. Febr. (Tel.) Laut einer Nachricht des „Journal“ ist General Trochu an einem Brustleiden schwer erkrankt. Sein Zustand gibt zu ersten Besorgnissen Veranlassung.

Paris, 19. Febr. Lieutenant Canrobert hat das Schlachtross des verstorbenen Marschalls dem Professor Roux zur Erzeugung von Heilmitteln geschenkt. Der Empfänger dankte in einem Briefe, worin es heißt: Das Pferd des Marschalls befindet sich jetzt unter ausgemerkten Pferden französischer Regimenter, und es wird zwar seine Laufbahn nicht allorreich, aber sehr nützlich werden, indem es kleinen Kindern das Leben rettet. — In Marseille wurde am Sonntag die 81jährige Witwe Gavinet in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Die Mörder wurden heute verhaftet. Der eine ist der Enkel der Ermordeten, der andere der Sohn eines Gemeinderaths.

Aus Rußland, 17. Febr. Drei Paare aus dem Parte des Propheten bilden den Gegenstand einer Klage, die dem Gharower Appellhof beschäftigt wird. Auf dem Wege von Konstantinopel nach Samarkand sind dem Bevollmächtigten der mohamedanischen Gesellschaft zu Samarkand drei Paare aus dem Parte des Propheten, die sich mit einem ihre Echtheit behauptenden Ferman des Sultans in einem kostbaren Schrank befanden, gehohlen worden. Das Ganze war ein Geschenk des Sultans. Der Diebstahl erregt in der mohamedanischen Welt Aufsehen.

Washington, 8. Febr. Während der ersten Februarwoche herrschte im ganzen Westen eine grimmige Kälte. In Minnesota fiel der Kälte eine aus acht Personen bestehende Goldarbeiterkarawane zum Opfer, die nach den neu entdeckten Goldfeldern am Seinschluß aufgebrochen war. In derselben Gegend befinden sich über 200 andere Goldsucher, von denen sicherlich noch manche der Kälte zum Opfer fallen werden.

### Neueste Telegramme.

#### Deutscher Reichstag.

Berlin, 21. Febr. Zur Beratung steht die Tabakfabrikations-Vorlage.

Staatssekretär v. Posadowski führt aus, wenn auch kein so dringendes Bedürfnis nach neuen Deckungsmitteln vorläge, so würde dies doch für 1896/97 der Fall sein. Es befehe immer noch die moralische Verpflichtung, die Kosten der Militärvorlage zu decken. Die Reichseinkommensteuer und die Reichserbschaftsteuer könnten aus schon vielfach erörterten Gründen nicht in Betracht kommen. Es bliebe also nur Tabak und Bier übrig. Tabak wäre eigentlich ein Luxusartikel und jeder könne sich des Verbrauches desselben enthalten. Die alleinige Heranziehung des Bieres würde Süddeutschland unbillig belassen. Was die Tabaksteuer anbelange, so seien von allen vorgeschlagenen Wegen nur zwei gangbar: Monopol oder Tabaksteuer. Das Monopol würde im Reichstag keine Mehrheit finden, abgesehen von anderen gegen dasselbe sprechenden Gründen. Es bliebe also nur die Tabaksteuer übrig. Redner verteidigt die einzelnen Bestimmungen der Vorlage. Die Befürchtung, daß wieder mehr zur Fleiße gegriffen werde, sei unbegründet. Die Bedenken wegen des Modus der Besteuerung von ausländischen Cigaretten erledige sich durch die Erwägung, daß der Import von Fabrikaten sehr gering sei gegenüber den im Inland hergestellten Fabrikaten. Außerdem seien wir machtlos gegenüber den im Ausland gemachten falschen Faktionen. Was die soziale Wirkung anbelange, so sei ein besonderer Rücksicht des Konsums nicht zu erwarten. Beim Branntwein sei trotz der Mehrbelastung von 350 Proz. nur ein Verbrauchrückgang von 19 1/2 Proz. eingetreten. Daher sei bei einer Mehrbelastung des Tabaks um 25 Proz. kein wesentlicher Rückgang zu befürchten. Die Kontrollmaßregeln seien so wenig belästigend als möglich gestaltet, besonders für die kleinen Betriebe. Der Staatssekretär schließt: Sie werden den Antrag annehmen, wenn Sie die Ordnung der Reichsfinanzen wünschen, der Reichstag sei nicht im Stande, den Schaden auszugleichen, welcher durch Ablehnung der Vorlage den Reichsfinanzen zugefügt werde. (Beifall der Rechten.)

Hg. Müller-Falck (Centr.): Das Centrum müsse die Vorlage ablehnen, weil sie die Lasten wesentlich den schwächeren Schultern auflege. Der vorgeschlagene Zollrückgang stimme die Partei zu. Die anderen Punkte, namentlich die wirtschaftlichen Folgen, seien in der Kommission zu erörtern. Redner hält die Schilderung der Finanzlage für zu schwarz und bemängelt die Form der Fabriksteuer; er beantragt Verweisung an die Kommission.

Hg. Clemm (nat.-lib.) führt aus, der Hauptvortheil gegen die vorjährige Vorlage liege darin, daß der Pflanzler vom Käufer unabhängig werde und dieselben Preisdruck auf ihn ausüben könne. Redner bemängelt die vorgeschlagene Besteuerung der ausländischen Rohstoffe, wodurch inländische Tabake gegenüber den billigen ausländischen konkurrenzunfähig würden. Die wirtschaftlichen Folgen der Vorlage seien keineswegs so bedenklich, wie die Gegner es darstellten. Redner beantragt ebenfalls Verweisung der Vorlage an eine Kommission, wo etwaige bedenkliche Punkte verbessert werden könnten.

Hg. Frese (freis. Ver.) spricht den Wunsch aus, es möge gelingen, daß der Industrie und damit dem Vaterlande die durch die Vorlage drohende schwere Schädigung abgelenkt werde. Die Fabrikanten seien der Ansicht, daß, wenn nun einmal der Tabak mehr tragen sollte, doch immer noch eine Erhöhung der gegenwärtigen Zoll- und Steuerlasten vorzuziehen sei. Das schwere Bedenken gegen die Vorlage seien die Arbeiterentlastungen; Redner glaubt, daß halt der erwarteten 32 Millionen nur 20 Millionen Markt herauskommen würden, bebricht sodann die Kontrollmaßregeln. Die Befreiung der Betriebe mit sechs Schüssen von den Kontrollmaßregeln würde die Gefahr in sich bergen, daß sich die mittleren Betriebe in mehrere zu sechs Schüssen theilen und auf diese Weise dem Großbetrieb eine gefährliche Konkurrenz machen würden. (Schluß des Vortrags.)

Berlin, 21. Febr. Der Vorstand des Vereins der deutschen Tabakfabrikanten und Händler überreichte dem Reichstag eine Petition, welche um Ablehnung der Tabakfabrikationssteuer bittet und erklärt, daß der Tabak in Deutschland eine höhere Belastung nicht vertragen könne. Die Petition ist von 74 366 Personen unterzeichnet.

Berlin, 21. Febr. Die Zolltarifkommission des Reichstags nahm die Resolution an, den Reichszoll zu eruchen um Einführung eines wirksamen Schutzolls auf Quebrachholz und den daraus hergestellten Extrakten und Präparaten.

Berlin, 21. Febr. Die Justizkommission des Reichstags nahm im Prinzip die Berufungen an die Oberlandesgerichte gegen die Strafkammerurtheile an, nachdem Staatssekretär Rieberding erklärt, die Regierung nehme nur die Berufungen an, wenn sie den Oberlandesgerichten zugewiesen würden.

Berlin, 21. Febr. Ihre Majestät die Königin von England überreichte dem Kommandeur des Garde- dragonerregiments zum 80jährigen Stiftungsfeste des Regiments (vergl. Artikel „Heer und Marine“) ein Telegramm, in welchem die aufrichtigsten Glückwünsche übermittelt werden.

Darmstadt, 21. Febr. Seine Königliche Hoheit der Großherzog verlieh dem im hiesigen Hoftheater gastirenden Münchener Generaldirektor Ernst Poffart das Comthurkreuz des Philipps-Ordens.

Wien, 21. Febr. Im Abgeordnetenhaus legte die Regierung einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Ausdehnung der Sonntagssruhe auf den Hausirhandel.

Paris, 21. Febr. In dem gestern stattgehabten Ministerialrathe ist eine Zuschlagstaxe auf Zucker beantragt worden.

London, 21. Febr. Wie die „Times“ aus Kairo von gestern meldet, nimmt die bedrohliche Lage in Alexandrien die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch. Das italienische Blatt „Messaggero“ und das griechische Blatt „Telegraphos“ lenken die Aufmerksamkeit auf eine unter den Eingeborenen verbreitete Prophezeiung, daß das diesjährige Ramadhanfest durch ein großes Blutbad unter den Europäern gekennzeichnet sein würde. Einem Briefe eines seit langem in Alexandrien wohnenden Europäers zufolge ist die Haltung der unteren Klassen gegen die Europäer, namentlich gegen die Soldaten und Seelenleute eine geradezu herausfordernde. Das Anfallen von zahlreichen Beduinen in der Umgegend bildet einen neuen Grund zur Beunruhigung. Die Anzeichen erinnern an diejenigen, welche dem Blutbade von 1882 vorangingen. Die verantwortlichen Beamten sind der Ansicht, die Regierung müsse besondere Vollmachten haben, um einem Angriffe gegen die Europäer summarisch begegnen zu können.

Christiania, 21. Febr. Auch die Versammlung der Linken des gestrigen Abends brachte keine Entscheidung; allgemein wird angenommen, die Rechte und die gemäßigte Linke würden der Aufforderung der radikalen Linken zur gemeinsamen Beratung der Lage folgen.

Madrid, 20. Febr. In der Kammer erklärte sich heute die Regierung mit der Bornahme einer parlamentarischen Untersuchung über die Marineausgaben einverstanden.

Washington, 20. Febr. Die Silberleute des Senats haben beschlossen, auf der Beratung der Resolution der Senatoren Jones und Wolcott zu Gunsten der freien Silberprägung nicht mehr zu bestehen. — Die Gesamtsumme der Zeichnungen auf die neue Anleihe wird zweifelslos den Betrag der Emission übersteigen. Das Syndikat deponirte den Rest der in den Vereinigten Staaten zur Emission gelangenden Hälfte der Anleihe. Außerdem wurde gegen Greenbacks die Summe von 1 230 000 Doll. deponirt. Auf die neuen Obligationen wurden bereits Angebote zum Kurse von 118 gemacht.

Kairo, 21. Febr. Die gegen das Ministerium Nubar Pascha gerichteten Bestrebungen dauern fort. Ein von

Nubar Pascha und Gort ausgearbeiteter und vom Kabinet angenommener Gesetzentwurf über die Verwaltung der Dörfer war dem Gesetzgebenden Rath vorgelegt worden; letzterer ging sowohl auf diesen wie auf einen von Sir John Scott bearbeiteten Gesetzentwurf nicht ein und vertagte sich in ungeschicklicher Weise trotz der Dringlichkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen. Wegen den Festen des Ramadhan kann der Gesetzgebende Rath vor April nicht wieder zusammentreten.

Tientsin, 21. Febr. Reutermeldung. Ein kaiserlicher Befehl vom 19. d. M. gibt bekannt, daß Tao Tao Kung und der General Fetichiao von dem Kriegsrathe zu Gefängniß bis zum Herbst verurtheilt wurden. Als dann sollten sie wegen des Verlustes von Port Arthur hingerichtet werden.

Strothma, 21. Febr. Amtliche Meldung. Nach Aussage gefangener Chinesen wurde eine Truppe von 300 Fußsoldaten und 100 Reitern mit 8 Geschützen unter General Schiang von Kauang zum Angriff auf Kumo-Tschang abgeschickt. Den Chinesischen verunglückten Angriff am 17. d. M. führte die Vorhut aus, welche aus 1000 Mann Infanterie und 30 Reitern bestand.

### Familiennachrichten.

Auszug aus dem Karlsruher Standesbuch-Register. Geburten. 13. Febr. Marie Sofie, S.: Leopold Ulmer, Kaufm. — 15. Febr. Erich, S.: Emil Müller, Intendantur-Registratur-Assistent. — 18. Febr. Marie Sofie, S.: Christian Reinhold, Lokomotivbeizer. — Alma Gisela, S.: Ernst Ankener, Musiklehrer. — 19. Febr. Frieda Anna, S.: Rud. Ludwig Madler, Schuhmann. — 21. Febr. Anna, S.: Wilh. Hertel, Radier.

Todesfälle. 19. Febr. Katharina, Ehefr. von Anton Kurz, Maurer, 42 J. — Marie, Wwe. von Johann Scholl, Diener, 38 J. — 20. Febr. Karl Schmidt, Wwr., Privatier, 76 J. — Julchen, 3 J. S.: Karl Wenger, Schneider. — 21. Febr. Barbara, Ehefr. von Kaver Ramier, Beleuchtungsdiener, 48 J.

### Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Februar	Barom. in mm	Therm. in Grad C	Abolute Feuchtigk. in mm	Relative Feuchtigk. in %	Wind	Witterung
20. Nachts 9 <sup>u</sup> 11.	757.3	- 3.2	30	82	E	heiter
21. Morgs. 7 <sup>u</sup> 11.	756.8	- 10.5	18	90	SW	wolfig
21. Mittags 2 <sup>u</sup> 11.	756.1	+ 1.0	34	68	„	bedeckt

Höchste Temperatur am 20. Febr. + 2.1°; niedrigste heute Nacht - 11.0°.

\* Niederschlagsmenge der letzten 24 Stunden 0.0 mm.

Lufttemperaturen und Schneehöhen am 21. Februar, Morgens: Meeressburg - 8°, 10 cm; Todtnauberg - 8°, 100 cm; Billingen - 25°, 50 cm; Buchen - 6°, 28 cm.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 21. Febr., Morgs., 2.69 m, gefallen 2 cm.

### Wetterbericht des Centralbur. f. Met. u. Hyd. v. 21. Febr. 1896.

Ein intensives barometrisches Maximum über den britischen Inseln liegt heute einer Depression über der Ostsee gegenüber; die hierdurch bedingten nordwestlichen Winde haben in ganz Nordwest- und Norddeutschland Sturmverhältnisse herbeigeführt, in Mitteldeutschland und in Süddeutschland, wo die Nacht klar gewesen war, herrscht dagegen noch strenger Frost (Paris - 6°, Billingen - 25°, München - 13°). Das Wetter ist unter dem Einflusse der erwähnten Depression vorwiegend trüb und stellenweise fällt Schnee. Voraussichtlich wird es auch bei uns langsam wärmer werden.

### Gedendet der hungernden Vögel!

#### Telegraphische Kursberichte

vom 21. Februar 1896.

Frankfurt. (Anfangskurs.) Kreditaktien 337 1/2, Staatsb. 330 1/2, Lombarden 88 1/2, 3%, Portugiesen 23.20, Savoyer 105.60, Ungarn 102.50, Diskonto-Kommandit 205.70, Gotthardaktien 183.50. Tendenz: schwach.

Frankfurt. (Schlußkurs I.) Wechsel Amsterdam 169 1/2, Wechsel London 204.72, Paris 81.16, Wien 164.80, Privatdiskonto 1 1/2, Napoleons 16.21, 4% Deutsche Reichsanleihe 105.80, 4% Deutsche Reichsanleihe 98.0, 4% Preuss. Konfols 105.85, 4% Baden in Gulden 102.95, 4% Baden in Mark 105.85, 5% Griechen 82.70, 4% Monopolaktien 36. —, 5% Italiener 83.40, Deherr. Goldrente 103.45, Deherr. Silberrente 84.55, Deherr. Koofe von 1850 133.30, 4 1/2% Portugiesen 38.80, III. Orientanleihe 66.90.

Frankfurt. (Schlußkurs II.) Spanien 77. —, Zoll-Türken 101 1/2, 1% Türken I. 26 1/2, 4% Ungarn 102.60, 5% Argentinier 53.70, 6% Mexikaner 79.10, Berliner Handels-gesellschaft 154.40, Darmstädter Bank 162.90, Deutsche Bank 175.90, Diskonto-Kommandit 205.40, Dresdener 158.60, Deherr. Länderbank 285. —, Deherr. Kreditaktien 337 1/2, Hess. Ludwigsbahn 116.60, Lombarden 88 1/2, Staatsbahn 330 1/2, Elbthalaktien 230 1/2, Schweizer Nordostbahn 136. —, Mittelweerbahn 94.50, Meridional 127. —, Badische Juckerfabrik 67. —, Nordd. Lloyd 86.70 (A. d. b. r. s.) Kreditaktien 337 1/2, Diskonto-Kommandit 205.30, Staatsbahn 330 1/2, Lombarden 88 1/2, Russen 219 1/2. Tendenz: fest.

Berlin. (Anfangskurs.) Kreditaktien 250. —, Diskonto-Kommandit 206.75, Staatsbahn 163.20, Lombarden 43.0, Russ. Noten 219.50, Laurab. 123.30, Harpener 134.40, Staatsb. —.

Berlin. (Schlußkurs.) Kreditaktien 250.50, Diskonto-Kommandit 206.50, Lombarden 43.30, Russ. Noten 219.50, Bochumer Gußstahl 135.40, Selteneren Bergwerk 155.40, Laurabütte 123.60, Harpener 134.40, Privatdiskonto 1 1/2.

Wien. (Vorbörs.) Kreditaktien 411.12, Staatsbahn 336.20, Lombarden 106.20, Marknoten 60.67, 4% Ungarn 124.30, Papierrente 101.90, Deherr. Kronenrente 101.10, Länderbank 286.25, Ungar. Kronenrente 99.30. Tendenz: schwach.

Paris. (Schlußkurs.) 3% Rente 103.30, Spanien 77 1/2, Türken 26.82, 3% Portugiesen 25 1/2, Banque Ottomane 694. —, Rio Tinto 329. —. Tendenz: —.

#### Abendkurs vom hentigen Tage.

Berlin. Diskonto-Kommandit 206.60, Bochumer 136.10, Dortmund 61.15.

Frankfurt. Kredit 338 1/2, Diskonto 206.70, Staatsbahn 331. —, Lombarden 88 1/2, Selteneren 155.90, Türken —, Portugiesen 26 1/2, 6% Mexikaner 79.70, 3% Reichsanleihe —. Tendenz: fest.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

### Gasthof zum „Goldenen Adler“, Karlsruhe.

Karl-Friedrich-Strasse 12.

Altrenommiertes Haus, in unmittelbarer Nähe des Marktplatzes. Gut eingerichtete Fremdenzimmer, tadellose Küche, reine Weine, mässige Preise.

en gros **ABETZ & Cie.** en détail, Karlsruhe, Kreuzstr. 21. Größtes Lager und billigste Bezugsquelle für technische und chirurgische Gummiwaaren. Gummi-Regenmäntel, Gummi-Schuhe, Bettelinsgestoffe, Hosen-träger etc. Wachstuche, Linoleum etc. Teppiche und Läufer jeder Art. Sämtliche Artikel für Krankenpflege etc. Soxhlet-Apparate.

**Statt jeder besonderen Anzeige.  
Todesanzeige.**

Tieferschüttert machen wir Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unsere innigstgeliebte, treubeforgte Gattin, Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante,

**Frau Rosalie Straus,**  
geb. Bühler,

uns heute durch einen unerwartet schnellen Tod entzogen wurde.

Karlsruhe, den 20. Februar 1895.  
Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:  
**Levi Straus.**

**Dr. Moritz Straus, Rechtsanwalt.**  
**Friedrich Straus, cand. med.**

Die Beerdigung findet Freitag den 22. Februar, Nachmittags 3 Uhr, vom israel. Hospital aus statt.  
Blumenspenden bitten wir im Sinne der Entschlafenen gest. zu unterlassen. D. 766.

**Badischer Frauenverein.**

Berufen durch sich immer wiederholende Anfragen nach Kunstfleiderlehrerinnen wird von Oher dieses Jahres an in der Kunstfleiderschule ein erweiterter Stiefkurs eröffnet, in welchem jungen Mädchen Gelegenheit geboten wird, sich alle Kenntnisse zu erwerben, um an Kunstfleideranstalten als leitende Lehrerinnen Anstellung zu finden.  
Alles Nähere über den Lehrplan, welcher außer dem Sticken auch obligatorisches Zeichnen und Unterricht im Buchbinden respective Cartonnage-Arbeiten umfaßt, kann von Interessenten in der Anstalt selbst, Lindenheimerstraße Nr. 2, jeden Morgen von 10-12 Uhr, erfragt werden, auch wird schriftlich jede gewünschte Auskunft darüber erteilt.  
Diesbezügliche Briefe sind gleichfalls an die oben genannte Adresse zu richten.  
Ein komplettes Musterbuch ist im Museum der Kunstfleideri jeden Morgen von 10-12 Uhr zur Ansicht aufgelegt.  
Karlsruhe, den 14. Februar 1895.  
Der Vorstand der Abteilung I.

**KARLSRUHE.**  
**Hôtel Tannhäuser.**  
Wiener Café-Restaurant.  
Während der Karnevalszeit die ganze Nacht geöffnet.  
Spezialität: **Punsch, Grog, Club Cocktails,**  
Münchener und echtes Budweiser Bier aus Böhmen.  
Aufmerksame Bedienung. Billige Preise.  
Achtungsvoll  
**Jos. Kritsch.**  
D. 841.2

**BRAUEREI SINNER, Grünwinkel bei Karlsruhe,**  
empfiehlt ihr vorzüglich abgelagertes  
**Helles Exportbier (nach Pilsner Art),**  
letzte Prämierung:  
**Wien 1894 Goldene Medaille!**  
Beste Ersatz für „Pilsner“. Ausgezeichnet durch grosse Haltbarkeit.  
Von Aerzten an Kranke und Reconvaleszenten vielseitig empfohlen.  
**Flaschenbier-Niederlagen in Karlsruhe:**

M. Bauer	Rüppurrerstr. 21.	H. Rausenberger	Schwimmerschulstr. 2.
Herm. Baumann	Kreuzstr. 10.	Emil Richter	Zähringerstr. 77.
Aug. Leop. Beck	Kaiserstr. 150.	Ph. Rieker	Stephanenstr. 47.
G. Bender	Lammstr. 5.	Gust. Rössler	Friedrichsplatz 8.
K. F. Bischoff	Kronenstr. 4.	Fr. Rothermel	Ritterstr. 10/12.
L. Brihm	Adlerstr. 39.	Lud. Schäfer	Leopoldstr. 25.
A. Echlte	Bismarckstr. 33a.	J. Scheerer	Zähringerstr. 41.
W. Erb	Markgrafenstr. 32.	J. Schlaadt	Kaiserstr. 122.
K. Friedrich Wwe.	Zähringerstr. 86.	M. Schlegel	Ostendstr. 1.
M. Gräfe	Werderstr. 8.	J. Schock	Zähringerstr. 93.
Hänsler	Kurvenstrasse 21.	Aug. Stenzel	Sophienstr. 66.
Eug. Helff	Karlsruherstr. 6.	Stier Ww.	Luisenstr. 21.
H. Heller	Leopoldstr. 37a.	H. Sutter	am Bahnhof.
P. Holzkaecht	Werderstr. 11.	Ph. Thimig	Kaiserstr. 243.
K. Imle	Schirmstr. 6.	A. van Venroy	Belfortstr. 7.
J. Klasterer	Kais.-rstrasse 100.	Chr. Weilmüller	Fasanenstr. 27.
J. B. Klingele Nachf.	Amalienstr. 71.	A. Wilcke	Akademiestr. 23.
Aug. Kühn	Schützenstr. 13.	H. Zentner	Markgrafenstr. 25.
Aug. Lössch	Kaiserstr. 115.	H. Zoller	Schützenstr. 43.
J. Müssele	Amalienstr. 87.	Erast Zschörnig	Gartenstr. 87.
F. X. Rathgeb (F. Malsch Nachf.)	Waldstr. 57.		

Von der Hofpianofortefabrik Knauß-Coblenz wurde mir das Lager einer hiesigen Pianohandlung, bestehend in  
**4 gebrauchten Pianinos,**  
zum Verkauf übergeben. Dieselben sind fast neu, haben nur durch Transport äusserlich etwas gelitten, dagegen ist das Innere, sowie der Ton und die Spielart tadellos und handelt sich hier um einen  
**thatsächlichen Gelegenheitskauf,**  
da ich die Preise im Verhältniss zur guten Qualität **sehr billig** stelle.  
Ausserdem empfehle **neue Pianinos** von Schiedmayer & Söhne, Rich. Lipp & Sohn etc. etc. billiger als in den Läden. D. 767.

**L. HACK, Pianofortehandlung**  
Rüppurrerstrasse 2, 2 Treppen  
(Café Grünwald).

**Deutsche Hypothekenbank in Meiningen.**

**Bekanntmachung betreffend die 4%igen Pfandbriefe mit Januar-Juli-Zinsen (Serie I).**

Durch unsere Bekanntmachung vom 1. Februar l. J. haben wir die Frist, für welche die Verzinsung zu 4% zugesichert wird, nochmals bis zum 1. Januar 1898 zu Gunsten derjenigen Pfandbriefbesitzer verlängert, welche sich für die Zeit vom 1. Januar 1898 ab mit der Herabsetzung des Zinsfußes auf 3 1/2% einverstanden erklären und ihre Pfandbriefe behufs entsprechender Abstempelung bis zum 5. März l. J. einreichen.  
Da die gedachten Pfandbriefe — im Gegensatz zu den später mit April-Oktober-Zinsen unter der Bezeichnung Serie II ausgegebenen 4%igen — tatsächlich die Serie I bilden, ohne indessen den Ausdruck Serie I zu tragen, so machen wir zur Beseitigung mehrfach aufgetauchter Zweifel hierdurch ausdrücklich darauf aufmerksam:  
daß die Bekanntmachung vom 1. Februar l. J. sich auf unsere sämtlichen 4%igen Pfandbriefe mit Januar-Juli-Zinsen bezieht.  
Meiningen, den 18. Februar 1895. D. 763

**Die Direktion der Deutschen Hypothekenbank.**  
Dr. Kircher. Drehsigacker. Dr. Braun.

**D. 762. Nr. 793. Freiburg i. B. Bekanntmachung.**

Bei der heute vorchriftsmässig vorgenommenen Ziehung der für 1895 zur Heimzahlung bestimmten Schuldverschreibungen des Kreisbankens von 1879 wurden folgende Nummern gezogen:  
Lit. A über je 1000 M. die Nr. 32, 56, 75, 87, 88.  
Lit. B über je 500 M. die Nr. 64.  
Lit. C über je 200 M. die Nr. 57, 139, 224.  
Diese Obligationen mit ihrem Nennwert von zusammen 6100 Mark werden zur Heimzahlung auf 1. September 1895 gefündigt, von welchem Tage an keine weiteren Zinsen mehr vergütet werden.  
Die Zahlung geschieht bei der Kreisverhandlung hier, sowie bei der Rheinischen Creditbank in Mannheim und deren Filialen Konstanz, Freiburg, Karlsruhe und Heidelberg gegen Rückgabe der betreffenden Schuldverschreibung mit den dazu gehörigen Talon und Coupons.  
Freiburg i. B., 20. Februar 1895.  
Der Kreisbankens Freiburg.  
J. Wagner

**Bürgerliche Rechtspflege. Desentliche Anstellung.**

D. 695 2. Nr. 1530. Karlsruhe. Die Frieda, geb. Brülle, Ehefrau des Frefers Otto Schmidt in Borzheim, vert. durch Rechtsanwalt Brombacher, klagt gegen ihren unbekanntem a. S. in America an unbekanntem Orten abwesend, mit dem Antrage auf Bescheidung aus Verschulden des Beklagten, und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die II. Civilkammer des Gr. Landgerichts zu Karlsruhe auf  
Samstag den 27. April 1895, Vormittags 9 Uhr,  
mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.  
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.  
Karlsruhe, den 16. Februar 1895.  
Dr. Fühner,  
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.  
D. 685 2. Nr. 6803. Heidelberg. Die Firma Alfred Altschüler & Cie. in Frankfurt a. M., vertreten durch Rechtsanwalt Karl Reis dafelbst, klagt gegen den Dr. Klägel, zur Zeit an unbekanntem Orte sich aufhaltend, aus Bescheid vom 1. Mai 1894 per 25. Mai 1894, zahlbar in Heidelberg, mit dem Antrage auf Beurteilung des Beklagten zur Zahlung von 35 Mark, nebst 6% Zins vom 28. Mai 1894 und von 6 Mark 66 Pf. Wechselkosten, und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Gr. Landgericht zu Heidelberg auf  
Dienstag den 2. April 1895, Vormittags 9 Uhr,  
Zimmer Nr. 7.  
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.  
Heidelberg, den 13. Februar 1895.  
Fabian,  
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.  
D. 746.1. Nr. 1290. Philippsburg. Die Gemeinde Duttelnheim, vertreten durch Gemeindevorsteher Gustav Weid von da, klagt gegen den Schutzmacher Josef Weid III. von da, zur Zeit an unbekanntem Orte abwesend, aus Darlehen vom 10. Juni 1873, mit dem Antrage auf Beurteilung des Beklagten zur Zahlung von 144 M. 99 Pf., und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor Gr. Landgericht Philippsburg auf  
Donnerstag den 16. Mai 1895, Nachmittags 3 1/2 Uhr.  
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.  
Philippsburg, 16. Februar 1895.  
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts: Reinhard.  
D. 771.1. Nr. 1576. Schöna. Das uneheliche Kind der ledigen Katharina Schauble von Hög, Namens Emilie Schauble von da, vertreten durch den Klagenmünd Johann Dietrich, Fabrikarbeiter in Nambach, klagt gegen den Johann Schmidt, ledigen Schneider von Hög, zur Zeit an unbekanntem

**Orten sich aufhaltend, wegen Leistung eines Ernährungsbeitrages mit dem Antrage auf Beurteilung des Beklagten zur Zahlung eines monatlichen Ernährungsbeitrages von 1 M. 50 Pf., voranzahlbar in Vierteljahresraten, vom Tage der Geburt des klagenden Kindes an, d. i. 28. Oktober 1894, bis zum zurückgelegten 14. Lebensjahre und auf vorläufige Vollstreckbarerklärung des Urtheils, und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Gr. Landgericht Schöna u. B. auf  
Mittwoch den 27. März 1895, Vormittags 10 Uhr.  
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.  
Schöna, den 14. Februar 1895.  
Wagenmann,  
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.  
Aufgebot.  
D. 684.2. Nr. 1871. Offenburg. Das Gr. Landgericht hier hat unter dem heutigen folgenden Aufgebot erlassen:  
Landwirth Augustin Kaufmann Ehefrau, Sara, geb. Beller in Zunsweier, besigt auf Gemartung Zunsweier, im Gewann Jettensbrunn, ein Grundstück: Bagerbuch Nr. 2854, 6 Ar 21 Meter Wiesen, für welches ein Erwerbstitel in dem Grundbuch nicht eingetragen ist.  
Diejenigen dritten Personen, welche an der genannten Liegenschaft in den Grund- und Unterpfandsbüchern nicht eingetragen sind und auch sonst nicht bekannte, d. h. dingliche oder auf einem Stammguts- oder Familiengutsverbande beruhende Rechte haben, werden auf Antrag der Landwirth Augustin Kaufmann Ehefrau, Sara, geb. Beller in Zunsweier, aufgefordert, solche spätestens in dem auf  
Montag den 8. April 1895, Vormittags 9 Uhr,  
bestimmten Aufgebotsstermine anzumelden, widrigenfalls die nicht angemeldeten Ansprüche für erloschen erklärt werden.  
Offenburg, den 30. Januar 1895.  
Gr. Landgericht.  
H. Kuffer,  
Dies veröffentlicht  
Der Gerichtsschreiber:  
C. Beller.  
Konkursverfahren.  
D. 770. Nr. 5077. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Dirchwirts Roman End in Grünwinkel ist zur Aufnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichniß der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlusstermin auf  
Samstag den 16. März 1895, Vormittags 9 Uhr,  
vor dem Gr. Landgericht hier selbst, Akademiestraße Nr. 2, III. Stock, Zimmer Nr. 22, bestimmt.  
Karlsruhe, den 19. Februar 1895.  
Rapp,  
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.  
Erbeinweilungen.  
D. 705 2. Nr. 3697. Baden. Die Gr. Generalstaatskasse hat den Antrag auf Einweisung des Fiskus in die Gewähr des Nachlasses der am 21. Dezember 1890 zu Riedenthal gestorbenen Karl Verhille, Notariatsbeihilfen Witwe, Franziska, geborne Weber von Riedenthal gestellt.  
Einsprachen dagegen sind binnen vier Wochen dießseits zu erheben.  
Baden, den 16. Februar 1895.  
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts: Bus.  
D. 700 2. Nr. 1691. Oberkirch. Die Witwe des am 8. November 1894 zu Ralsbach verstorbenen Tagelöhners Ludwig Bohner, Katharina, geborne Spinner in Ralsbach, hat um Einweisung in den Besitz und die Gewähr der Verlassenschaft ihres Ehemannes nachgeliegt. Etwasige Einwendungen sind binnen 4 Wochen dahier vorzubringen.  
Oberkirch, den 14. Februar 1895.  
Gr. Landgericht.  
Dr. Schwoerer.  
Dies veröffentlicht der Gerichtsschreiber: Schneider.  
D. 578.3. Nr. 9487. Bruchsal. Die Witwe des Steinhauers Heinrich**

Walt von Obenheim, Theresia, geb. Krosch, hat um Einweisung in Besitz und Gewähr des Nachlasses ihres verstorbenen Ehemannes gebeten.  
Diesem Gesuche wird stattgegeben, wenn nicht binnen drei Wochen Einsprache dagegen dahier erhoben wird.  
Bruchsal, den 11. Februar 1895.  
Gr. Landgericht.  
Der Gerichtsschreiber: Rissel.

D. 717.1. Nr. 2578. Mannheim. Die Witwe des Tapeziers Martin Peter Thiele, Antonia Apollonia Cristina, geb. Rig hier, hat dahier nachgeliegt, sie in die Gewähr des Nachlasses ihres Ehemannes einzufügen.  
Diesem Gesuche wird entsprochen, wenn nicht innerhalb drei Wochen Einsprache dagegen erhoben wird.  
Mannheim, 16. Februar 1895.  
Müller,  
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.  
Erbeinweilung.  
D. 714. Bruchsal. Wilhelm Gutgefell von Forst, geboren am 28. Mai 1862, Sohn des am 28. Januar d. J. verstorbenen Maurers Anton Gutgefell von Forst, ist zum Nachlasse seines verstorbenen Vaters mitberechtigt.  
Da der Aufenthalt desselben dießseits unbekannt ist, so wird er hiermit aufgefördert, binnen 6 Wochen dem unterzeichneten Teilungsbeamten Nachricht von sich zu geben, damit er zu den Teilungsverhandlungen beigezogen werden kann.  
Bruchsal, den 18. Februar 1895.  
Der Gr. Landgericht:  
J. Eßlein.  
Handelsregisteramt.  
D. 681. Ettlingen. In das dießseitige Firmenregister wurde unter dem heutigen eingetragen:  
In D. B. 50, Firma David Maier I. in Walsch; „Die Firma ist erloschen“.  
In D. B. 164, Firma A. Kertig in Ettlingen; „Die Firma ist erloschen“.  
In D. B. 27, Firma J. Mayer in Walsch; „Der Firmeninhaber ist seit 22. August 1867 mit Flora Weisshaupt von Walsch verheiratet. Nach dem Ehevertrag vom 19. August 1867 erwählten die Brautleute als Norm bei der künftigen Auseinanderlegung ihrer ehelichen Güterverhältnisse die Regeln der gesetzlichen Gütergemeinschaft, mit der Abweichung, daß sowohl ihr jetziges wie künftiges Vermögen, mit Ausnahme von 200 Gulden, wozon jedes derselben den Betrag von 100 Gulden zur Gemeinschaft einwirft, vertheilungsfähig ist, insofern dieses Vermögen nicht an und für sich schon liegenschaftlicher Natur sein sollte. Ebenso werden die jetzt beigezogen werden und künftige ererbte vererbenden Schulden eines jeden Ehegatten von der Gemeinschaft ausgeschlossen.“  
In D. B. 167, Firma Karl Beckermann in Walsch;  
Inhaber der Firma ist seit 21. April 1891 verheiratet mit Amalie Marie Knör von Ralsbach. Nach dem Ehevertrag vom 2. März 1891 wirft jeder Theil die Summe von 100 M. in die Gemeinschaft ein, während alles übrige, gegenwärtige und künftig durch Erbschaft oder Schenkung zukommende Vermögen mit den darauf haftenden Schulden von der Gemeinschaft ausgeschlossen wird, so daß diese auf das oben Eingeworfene und die künftige Ertragskraft beschränkt ist.“  
In D. B. 88, Firma Josef Arzmann in Pfaffenroth; „Der Firmeninhaber ist seit 6. August 1888 verheiratet mit Maria Amalie Sauer von Ralsbach, ohne Ehevertrag.“  
In D. B. 132, Firma Emil Reig in Ettlingen; „Der Firmeninhaber ist seit 21. August 1886 verheiratet mit Adele Dreßler von Ralsbach, ohne Ehevertrag.“  
Unter D. B. 192: Die Firma G. Wittmer, Maschinenfabrik Niederbrunn-Ettlingen-Kollans. Zweigniederlassung: Die Hauptniederlassung ist: G. Wittmer, Maschinenfabrik Niederbrunn-Kollans.  
Inhaber dieser Firma ist der Maschinenfabrikant Georg Wittmer in Ettlingen. Derselbe ist verheiratet seit 2. November 1874 mit Vereska Hubert von Gnabensfeld bei Kofel (Schlesien), ohne Ehevertrag.  
Ettlingen, den 14. Februar 1895.  
Gr. Landgericht.  
Zimpfer.